

Stand: 08.02.2026 04:19:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/19236

"Die Glyphosatalleingänge der CSU beenden - Anwendungsverbot in Deutschland
schnellstmöglich erlassen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/19236 vom 28.11.2017
2. Beschluss des Plenums 17/19411 vom 29.11.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 29.11.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild und Fraktion (SPD)**

Die Glyphosatleingänge der CSU beenden – Anwendungsverbot in Deutschland schnellstmöglich erlassen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt das JA zur Verlängerung der Zulassung von Glyphosat durch den geschäftsführenden Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt, entgegen der mehrmaligen deutlichen Einwände durch die Kabinettskollegin Dr. Barbara Hendricks und auf Kosten der deutsch-französischen Beziehungen.

Das Votum des Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft spiegelt weder den Willen der Bundesregierung noch der Bevölkerung wider und widerspricht zudem der Geschäftsordnung der Bundesregierung.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf allen Ebenen schnellstmöglichst ein Glyphosatverbot voranzubringen. Falls EU-weit keine Mehrheit für ein Verbot gefunden werden kann, soll dieses Verbot im Rahmen des vorsorgenden Verbraucherschutzes auf Deutschland beschränkt werden.

Begründung:

Die Zustimmung des geschäftsführenden Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Zulassungsverlängerung des Wirkstoffs Glyphosat auf EU-Ebene war ausschlaggebend dafür, dass das Totalherbizid weiterhin flächendeckend ohne größere Beschränkungen in der Europäischen Union eingesetzt werden darf. Das Votum des Bundesministers Christian Schmidt (CSU) setzte sich über das ausdrückliche Nein des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit hinweg. Die Geschäftsordnung der Bundesregierung legt fest, dass bei einem Dissens zwischen Ministerien eine Enthaltung als Votum abzugeben sei.

Für eine legitime Umsetzung der Zulassungsverlängerung ist eine Entscheidung notwendig, die 65 Prozent des Bevölkerungsanteils der EU repräsentiert. Das fatale Votum des Bundeslandwirtschaftsministers sorgte nunmehr dafür, dass mit 65,7 Prozent gerade ausreichend in der EU an Zustimmungquote erreicht wurde. Mithin ist der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft alleine dafür verantwortlich, dass Glyphosat nun weiterhin ungehemmt und flächendeckend europaweit eingesetzt werden darf.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/19236

Die Glyphosatalleingänge der CSU beenden – Anwendungsverbot in Deutschland schnellstmöglich erlassen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Horst Arnold

Abg. Gisela Sengl

Abg. Nikolaus Kraus

Abg. Angelika Schorer

Abg. Ruth Müller

Abg. Benno Zierer

Staatsminister Helmut Brunner

Präsidentin Barbara Stamm

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Die Glyphosatalleingänge der CSU beenden - Anwendungsverbot in Deutschland schnellstmöglich erlassen! (Drs. 17/19236)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nationaler Ausstieg aus der Glyphosat-Anwendung - damit Böden, Wasser und Gesellschaft nicht länger vergiftet werden (Drs. 17/19238)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Glyphosatverbot zeitnah umsetzen und fachlich begleiten (Drs. 17/19254)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU)

Umweltschonender Einsatz von Glyphosat (Drs. 17/19255)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Arnold. Bitte schön, Herr Arnold.

Horst Arnold (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vollkommen überraschend befindet sich die Bundesrepublik seit vorgestern durch das Votum von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt im Lager der europäischen Glyphosat-Befürworter. Nur durch dieses Votum wurde die knappe Mehrheit von 65,7 % erreicht. Somit kann auch in Zukunft ungehemmt und flächendeckend Glyphosat ausgebracht werden. Dadurch wird der Verbraucherschutz mit Füßen getreten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt begründete sein Votum mit der fachlichen Orientierung. Glyphosat, was ist das? – Es ist ein Totalherbizid, das dafür sorgt, dass das Artensterben zunimmt. Seine krebserregende Wirkung ist umstritten. Aber insoweit ist klar, dass es für den menschlichen Organismus nicht gut ist. Übereinstimmend steht fest, dass Glyphosat genetisch effizient ist, das heißt, auch auf das Erbgut wirkt.

Eine breite Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Einsatz von Glyphosat ab. Aber auch in der Landwirtschaft selbst mehrten sich die Stimmen und die Erkenntnis, dass Glyphosat nicht zukunftsfähig ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Molkereien schreiben die Glyphosat-Freiheit in ihre Lieferbedingungen hinein. Sie werden sehen, dass der Lebensmitteleinzelhandel folgt. Die von Schmidt angeblich hinein verhandelten Verbesserungen sind Allgemeinplätze, unverbindlich und eigentlich das Papier nicht wert. Artenschutz und Tierwohl sind längst in Nationalrecht umsetzbar. Stattdessen hätte sich der Bundeslandwirtschaftsminister um die Umsetzung der nationalen Minimierungsstrategie kümmern sollen und müssen. Aber das blieb ebenso wie vieles andere im Argen.

(Beifall bei der SPD)

Die fachliche Orientierung ist also wohl kein stichhaltiges Argument. Ist es dann die Orientierung an Recht und Gesetz vor dem Hintergrund des Amtseides eines Bundesministers? – Die Geschäftsordnung der Bundesregierung besagt hierzu, dass man sich bei gegensätzlichen Voten von Ministerien zu enthalten hat. Das Bundesministerium für Umwelt hat seine Ablehnung im Vorfeld klar und deutlich bekundet. Aber der Bundeslandwirtschaftsminister hat dennoch zugestimmt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, wer einerseits großspurig und mit missionarischem Eifer eine Leitkultur predigt, die auch in der Einforderung un-

bedingter Rechtstreue liege, und andererseits vorsätzlich, aus Eigennutz und nicht aufgrund der Gesamtverantwortung, kalkuliert und dieses Recht irreversibel bricht, der soll entweder still sein und zukünftig den Sündenfall bereuen oder sich als Kardinal des Rechtsbruchs und der Unglaubwürdigkeit in der christlich-abendländischen Kultur feiern lassen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das war nicht nur eine Individualentscheidung von Herrn Schmidt. Herr Schmidt ist stellvertretender Vorsitzender der CSU. Der Noch-Parteivorsitzende der CSU und der Noch-Ministerpräsident der CSU waren in dieses Votum involviert. Damit geht dieses verhängnisvolle Bubenstück auch auf Ihre Kappe. Somit können Sie sich der Verantwortung nicht entziehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Risiken für Herrn Schmidt persönlich waren gering. Ein Übergangsminister ist nur unter ganz schweren Bedingungen abrufbar. Jedoch ist die Zielrichtung klar: Weniger die Landwirtschaft braucht Sicherheit als vielmehr internationale Konzerne. Herr Schmidt machte sich mit diesem Votum zur Übergangsmarionette von Monsanto und von rein gewinnorientierten Kreisen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Der Schaden ist groß. Frankreich, als unser Verbündeter in vielen Dingen von Ihnen zelebriert, und Italien sind vor den Kopf gestoßen. Für die Kommission, die eigentlich hätte entscheiden müssen und vermutlich anders entschieden hätte, musste er dann auch noch die Kohlen aus dem Feuer holen.

Tatsächlich konnten sich die Bürgerinnen und Bürger bisher nicht nur auf die Geschäftsordnung der Bundesregierung, sondern auch auf diese Norm verlassen. Diese wurde nun ausgehebelt und sogar niedergemetzelt, und das wird offenbar vom Herrn Ministerpräsidenten unterstützt. Dieser Tatbestand bekümmert uns alle. Politikverdros-

senheit, ein Verlust der Glaubwürdigkeit, Defizite in der Verlässlichkeit und Zweifel an der Demokratie sind die Folgen. Das alles ist nur geschehen, damit Herr Schmidt vorübergehend sein Positiönchen sichern konnte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen ist es notwendig, national alles zu unternehmen, um den Einsatz von Glyphosat wie in Frankreich effizient zu verbieten. Daher unterstützen wir die Anträge der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER. Allerdings enthält der Antrag der FREIEN WÄHLER schon wieder zeitliche Einschränkungen, aber das sind wir ja gewohnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der CSU-Fraktion ist ein lauer Zephyrwind im Ozean der Unverbindlichkeit. Was Sie hier schreiben, ist nicht akzeptabel. Daraus ist überhaupt nichts ableitbar. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, halten Sie sich in diesem Bereich doch einfach an Ihre Umweltministerin Scharf. Diese hat am 06.11.2017 im "Münchner Merkur" auf die Frage, ob Glyphosat abgeschafft werden muss oder kann, Folgendes geantwortet: "Ich finde, man müsste darauf verzichten; denn es gibt Alternativen". Wenn jemand recht hat, schauen wir nicht auf die Couleur, sondern auf den Inhalt. Halten Sie sich also an Ihre Umweltministerin, dann leisten Sie möglicherweise meiner Aufforderung Folge und stimmen unserem Antrag und dem Antrag der Mitbewerber zu. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Arnold. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Sengl. Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist vorgestern fast die Kaffeetasse aus der Hand gefallen, als ich gehört habe, dass Deutschland zur Verlängerung der Glyphosat-Zulassung Ja sagt. Ich bin immer noch fassungslos, dass sich ein CSU-Minister hinstellt und ganz locker für weitere fünf Jahre die Vergiftung unserer Felder erlaubt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ganze wurde ohne irgendeinen Ausstiegsplan entschieden. Wir hätten es aber schon neulich im Landtag bei der Debatte über Pestizide ahnen müssen. Da hieß es ganz klar: Bayerns Bauern brauchen Pestizide. Alles andere ist eine rückwärtsgewandte Landwirtschaftspolitik.

Aber das Gegenteil ist der Fall. Die CSU betreibt eine rückwärtsgewandte Politik. Forschung und Wissenschaft warnen uns schon lange davor: Der Einsatz von Totalherbiziden, wie es Glyphosat nun einmal ist, verursacht massives Artensterben. Glyphosat ist wahrscheinlich auch noch krebserregend. Kein vernünftiger Mensch bestreitet, dass der extrem hohe Einsatz von Pestiziden der Grund für unsere massiven Umweltprobleme und das massive Artensterben ist. Immer mehr Vögel kommen auf die Rote Liste. Pestizide finden sich im Grund- und Trinkwasser. Wer diesen Tatsachen ins Auge blickt, der weiß, dass wir nicht mehr so weitermachen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landwirtschaft ist auch ohne Ackergifte möglich. Das beweist der Ökolandbau schon seit vielen Jahren. Wir brauchen kein Glyphosat auf unseren Feldern und Wiesen, auch für den konventionellen Anbau gibt es sehr viele Alternativen.

(Zuruf von der CSU-Fraktion: Welche?)

Mit der Entscheidung von CSU-Minister Schmidt wird nicht nur die Umwelt vergiftet, sondern auch das politische Klima. Kann man sich auf politische Partner noch verlassen? Kann man die Aussagen konservativer Parteien, wonach es mit den GRÜNEN Schnittmengen gebe, noch ernst nehmen? – Mit dieser Entscheidung ist viel Porzellan zerschlagen worden. Das Ausmaß ist überhaupt noch nicht klar. Am Montag wäre die Chance gewesen, ein Zeichen zu setzen. Gemeinsam mit Frankreich und den anderen Ländern hätten wir einen Glyphosat-Ausstieg auf den Weg bringen können. Das wäre für uns als Politikerinnen und Politiker, als Volksvertreter, eine Chance gewesen,

die Glaubwürdigkeit unseres Berufs zu stärken. Genau das Gegenteil ist jedoch passiert. Die Interessen von Konzernen werden über die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gestellt. Das ist ein Skandal!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Menschen wollen das Gift weder in der Umwelt, noch in den Lebensmitteln, noch im Wasser und auch nicht im Körper. Bei der Europäischen Bürgerinitiative haben 1,3 Millionen Menschen unterschrieben. Es gibt zum Thema X Petitionen. Landauf und landab werden zahlreiche Diskussionen geführt. Das alles spricht doch eine deutliche Sprache. Liebe CSU, damit habt ihr euch keinen Gefallen getan. Vor langer Zeit hattet ihr einmal einen schönen Wahlspruch: "Näher am Menschen".

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN:
Das ist eine Drohung! – Zuruf von der SPD: Näher bei Monsanto!)

Inzwischen seid ihr von diesem Wahlspruch ganz, ganz weit entfernt. Eine derart weitreichende Entscheidung setzt die Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger aufs Spiel.

(Manfred Ländner (CSU): Jetzt hör doch auf damit!)

– Eure Kommentare könnt ihr euch sparen. Redet doch einmal mit den Menschen da draußen, anstatt bloß hier drin zu hocken. Meint doch nicht immer, dass ihr alles besser wüsstet. Hochmut kommt vor dem Fall.

(Manfred Ländner (CSU): Hör doch auf!)

Es gibt nur eine Konsequenz: Wir müssen das nationale Verbot von Glyphosat auf den Weg bringen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Manfred Ländner (CSU): Das ist doch ein Schwachsinn!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. – Der nächste Redner ist der Kollege Kraus.

Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Kollegen sind ja nicht mehr anwesend. Die Reihen haben sich mittlerweile etwas gelichtet. Der bekannteste und berühmteste Wirkstoff aller Pflanzenschutzmittel, Glyphosat, ist heute wieder einmal Thema im Bayerischen Landtag. Dieses Mal ist uns das Thema von der Bundes- und Europapolitik fast vorgegeben worden. Deshalb ist es gut, dass wir dieses Thema aufgreifen.

Ich möchte kurz auf die Geschichte des Wirkstoffs eingehen. Anfang der 1970er-Jahre ist der Wirkstoff entwickelt und im Jahre 1974 unter dem Namen Roundup – jeder kennt ihn – patentiert worden. Jeder, der in dieser Branche tätig ist, kann sich daran erinnern, dass das damals sehr teuer war. Damals ist der Wirkstoff sehr übersichtlich eingesetzt worden. Im Jahr 2000 ist das Patent ausgelaufen. Seitdem wird der Wirkstoff weltweit relativ günstig hergestellt und damit auch günstig angewendet und verbraucht. Im Jahr 2002 ist die Zulassung auf 15 Jahre bis zum 15. Dezember 2017 verlängert worden. Deshalb reden wir jetzt darüber.

Die Politik muss jetzt entscheiden, wie es mit diesem Mittel weitergeht. Eigentlich sollte die Politik im Sinne des Volkes entscheiden. Aufgrund der Erfahrungen der vier Jahre, die ich bereits im Landtag bin, möchte ich stark bezweifeln, dass das geschieht. Vielleicht ist dem einen oder anderen Sisyphos ein Begriff. Das ist der Mann aus der griechischen Mythologie, der immer wieder einen Stein den Berg hinaufrollt. So kommen mir die Beratungen zu diesem Thema auch vor. Es handelt sich um ein Dauerthema, das uns immer wieder beschäftigt. Die Dringlichkeitsanträge der SPD, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und der CSU zeigen, wie wichtig es ist. Mittlerweile äußern sich bereits Generalsekretäre per Pressemitteilung, Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin dazu. Das zeigt, dass das Thema an Wichtigkeit gar nicht zu überbieten ist. Dies gilt vor allem für die Bundesministerien, die von Anfang an gefordert waren.

Die Entscheidung von Noch-Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt – das ist schon erwähnt worden – hat uns zu der Diskussion über dieses Thema bewegt. Deshalb

reden wir jetzt darüber. Übrigens habe ich gelesen – das hat Herr Kollege Arnold bereits gesagt –, dass selbst unsere bayerische Umweltministerin – leider nicht da – mit einer Enthaltung gerechnet hat. Das wäre auch eine Möglichkeit gewesen. Das war jedoch nicht der Fall. Deshalb führen wir heute diese Diskussion.

Jetzt komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der SPD. Der Antrag enthält drei Absätze. Dem ersten und zweiten Absatz stimmen wir zu – ganz klar. Darüber brauchen wir gar nicht zu reden. Die Formulierung im dritten Absatz "schnellstmöglichst" ist weder Fisch noch Fleisch und lässt viel offen. Aber damit können wir leben. Deshalb stimmen wir dem Antrag der SPD zu.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zum Antrag der GRÜNEN. Der Antrag enthält nur einen Satz, dem man eigentlich nichts entgegensetzen kann. Der Satz in dem Antrag ist einfach gut. Deshalb stimmen wir dem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings könnte man über einige Punkte in der Begründung diskutieren. Frau Kollegin Sengl hat schon einige Sätze dazu gesagt. In der Begründung heißt es, Glyphosat sei der alleinige Verursacher für den Rückgang aller Pflanzen und Tiere in der Ackerlandschaft. Pestizide würden Insekten und andere Nahrung für Vögel töten.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Ist so!)

Jetzt stelle ich meine Frage: Hat es vor dem Einsatz von Pestiziden und Roundup vor 1970 schon einen Rückgang von Pflanzen und Tieren in der Ackerlandschaft gegeben? Wer war dann daran schuld? Haben wir noch andere Schuldige? – Sie erwecken den Eindruck, als wäre nur die Landwirtschaft daran schuld.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist Fakt! Es gibt weniger Insekten!)

Sicherlich ist die Landwirtschaft zu einem Teil schuld. Ich möchte jedoch zurückweisen, dass die Landwirtschaft alleine daran schuld ist.

Wir haben den Antrag der CSU auf Drucksache 17/16744 – der Plenarbeschluss steht Drucksache 17/17889 – im Umweltausschuss behandelt. Der Antrag besteht aus drei Punkten. Zu diesen drei Punkten besteht absoluter Konsens. Mit dem Antrag wird ein Verbot der Abgabe von Glyphosat an Privatpersonen gefordert. Das ist in unser aller Interesse. Ein ausgebildeter Landwirt muss einen Sachkundenachweis erbringen und eine Prüfung machen, damit er das Pflanzenschutzmittel überhaupt kaufen kann. Das weiß jeder, der von dieser Thematik ein bisschen Ahnung hat. Im Online-Handel, beispielsweise bei eBay, kann sich jeder Glyphosat bestellen. Morgen wird es dann mit der Post geliefert. Das gehört ganz schnell unterbunden. Dieser Antrag ist im Juli gestellt worden. Seitdem ist ein halbes Jahr vergangen. Was ist seitdem passiert?

Auch bei der zweiten Forderung des CSU-Antrags auf Drucksache 17/17889 sind wir uns einig. Die Anwendung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel auf Flächen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind – beispielsweise Schulgelände, Kinderspielplätze und Hausgemeinschaftsflächen –, muss stärker reglementiert werden. Das ist wirklich mehr als überfällig. Mit dem dritten Spiegelstrich wird ein Verbot der Vorerntebehandlung auf landwirtschaftlichen Flächen, der Sikkation, gefordert. Das braucht es nicht mehr. Da hat man wirklich andere Möglichkeiten.

Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der CSU hat die Drucksache 17/19255. Der Antrag enthält drei Punkte. Im ersten Spiegelstrich wird die Staatsregierung aufgefordert, das Verfahren zu optimieren und die Transparenz zu verbessern. Liebe Kollegen, darunter kann ich mir wenig vorstellen. Das muss mir von meinem CSU-Nachredner erklärt werden. Außerdem wird mit dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU gefordert, Aspekte der Biodiversität in ausreichendem Maße zu berücksichtigen. – Ja freilich berücksichtigen wir das. Hat das allein etwas mit Glyphosat zu tun? Der dritte Spiegelstrich bezieht sich auf die Aufklärung der unterschiedlichen Einschätzungen der WHO-Gremien. Weltweit gibt es Tausende Studien zu Glyphosat – dafür und da-

gegen. Ich nenne die EFSA und diverse Bundesanstalten. Welcher Wissenschaftler hat jetzt recht? – Ich glaube nicht, dass der Bayerische Landtag diese Frage lösen wird.

(Horst Arnold (SPD): Politisch!)

Außerdem fordert die CSU die Erforschung alternativer Unkrautregulierungsmaßnahmen. Dieser Forderung stimmen wir zu. In der Summe müssen wir uns jedoch beim CSU-Antrag enthalten.

Für uns FREIE WÄHLER ist das Vorsorgeprinzip ganz wichtig. Ich habe bereits erwähnt, dass sich die ganzen Studien nicht einig werden. Als verantwortungsbewusste Politiker müssen wir uns dem Vorsorgeprinzip anschließen. Deshalb haben wir mit unserem Antrag den Ausstieg aus Glyphosat gefordert. Damit stehen wir für ein Glyphosatverbot. In unserem Umweltausschuss ist ein Bericht über die Nitrat- und Pestizidbelastung gegeben worden. Mittlerweile vergleiche ich die Auswirkungen des Wirkstoffs Glyphosat fast mit der Nitrat- und Pestizidbelastung. Meine Kollegen können sich – Stichwort Atrazin – auch daran erinnern. Seit vielen Jahren ist der Einsatz von Atrazin richtigerweise verboten. Nach vielen Jahrzehnten finden wir immer noch Rückstände. Solche Fehler dürfen wir nicht noch einmal machen.

Ich habe bereits erwähnt, dass Politiker den Willen der Bevölkerung widerspiegeln sollen. Das Thema ist in der Bevölkerung verankert. Die Bevölkerung hat sich mehrheitlich für den Ausstieg aus Glyphosat ausgesprochen. Es gibt eine Zeit des Redens. Das machen Politiker viel, oft und lang. Es gibt jedoch auch eine Zeit des Handelns. Ich glaube, die Zeit des Redens in der Politik ist vorbei. Beim Thema Glyphosat ist jetzt die Zeit des Handelns gekommen. Deshalb müssen wir den Glyphosat-Ausstieg schnell vorbereiten.

Frau Sengl, Bayerns Bauern sind nicht allein am Rückgang der Artenvielfalt schuld. Sie haben gesagt, wir bräuchten die Pestizide nicht. Bei dem Wort "Pestizide" handelt es sich um einen Oberbegriff. Sicherlich kann man auf viele Pflanzenschutzmittel ver-

zichten. Eine Ernährung der Weltbevölkerung ohne Pflanzenschutzmittel ist aber nicht möglich. Sie müssen mir erklären, wie das möglich sein soll. Früher waren Insektizide noch giftiger. Nicht alle Insekten werden durch die Pflanzenschutzmittel vernichtet. Heute gibt es ganz viele nützlingsschonende Pflanzenschutzmittel, die in der Landwirtschaft vermehrt eingesetzt werden. Die konventionelle Landwirtschaft ist nicht so schlecht, wie es von Ihnen immer dargestellt wird.

Wir stimmen dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu, der wie üblich sowohl im Antrags-text als auch in der Begründung der einfachste und unkomplizierteste ist. Wenn eine Fraktion unseren Antrag ablehnt, muss sie schon eine sehr gute Begründung dafür haben, was an unseren paar Sätzen nicht passt. Dem Antrag sollten alle zustimmen können. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Kraus. – Ich gebe bekannt, dass die Fraktion der GRÜNEN zu ihrem Antrag auf Drucksache 17/19238 namentliche Abstimmung beantragt hat. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schorer. Bitte schön, Frau Schorer.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Kollegen der Opposition!

(Horst Arnold (SPD): Maximal geschätzt!)

– Maximal, das ist gut. Das Thema, über das wir heute diskutieren, hat in der Debatte einen besonderen Stellenwert bekommen. Es geht um die Art der Beschlussfassung, nicht unbedingt allein um den Inhalt. Glyphosat ist nicht nur hier bei uns ein Thema, sondern auch im Bundestag. Dort hat sich unsere Kanzlerin, wie das ein Vorredner bereits erwähnte, dazu schon geäußert. Sie hat den Bundesminister darauf angesprochen. Uns obliegt heute aber nicht die Wertung, ob sich unser Bundesminister richtig oder falsch verhalten hat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Doch! Genau darum geht es! – Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

– Nein.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Doch!)

– Nein. Das obliegt dem Bund.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Der ist doch von eurer Partei!)

Ich werde nachher noch auf eine Entscheidung zu sprechen kommen, die im ZDF in dieser Woche gezeigt wurde. Die SPD-Fraktion hat sich demnach auch nicht an den Koalitionsvertrag gehalten.

(Horst Arnold (SPD): Eine Geschäftsordnung ist aber etwas anderes!)

Heute geht es um das Thema Glyphosat. Ich möchte jetzt auf die Sachebene zurückkommen, wie das auch der Kollege Kraus gemacht hat. Er hat vieles erwähnt. Es geht um sachliche, fachliche Gründe, es geht um Prüfungen. Ich möchte sie noch einmal Revue passieren lassen. Außerdem möchte ich darstellen, wie viele Prüfungen durchgeführt wurden, und zwar nicht nur durch deutsche und europäische Behörden, sondern es wurden weltweit Prüfungen durchgeführt. Ich habe schon den Eindruck, dass das Herbizid Glyphosat einer der weltweit am meisten überprüften Wirkstoffe ist. Auch das muss heute erwähnt und darf nicht außer Acht gelassen werden. Das hat nämlich auch einen Stellenwert bei der Entscheidung in Brüssel.

(Margit Wild (SPD): Heißt das, was oft geprüft wurde, ist gut?)

Das Bundesamt für Verbraucherschutz, das Bundesinstitut für Risikobewertung sowie das Julius-Kühn-Institut, das Bundesumweltamt, sie alle haben eine Bewertung vorgenommen. Auf der europäischen Ebene hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, die EFSA, eine Bewertung vorgenommen. Es wurden die deutschen Gutachten noch einmal geprüft. Aufgrund weiterer Untersuchungen und Gutachten, die zu

dem hinzukamen, was der Europäischen Union vorlag, ist man nun zu diesen Urteilen gekommen. Aus den europäischen und deutschen Gutachten geht hervor, dass bei bestimmungsgemäßer und sachgerechter Anwendung keine Gefahr besteht.

Ich möchte aber auch die internationalen Gremien nennen, die damit befasst waren und internationale Studien durchgeführt haben. Das sind unter anderem die Landwirtschaftsorganisation FAO und die Gesundheitsorganisation WHO, die hier im Bayerischen Landtag von Ihnen immer wieder erwähnt wird. Dann hat sich eine Unterorganisation gemeldet, die nicht bestätigte Bedenken angemeldet hat. Nachdem all diese Gutachten vorlagen, die in den Jahren 2016 und davor erstellt wurden, hat die Europäische Chemikalienagentur ECHA erneut einen Blick darauf geworfen und bei ihrer Prüfung zusätzliche Studien einbezogen. Der Ausschuss der ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten hat daraufhin am 15. März 2017 deutlich gemacht, dass Glyphosat nicht als krebserregend einzustufen ist. Diese Studien lagen dann den Fachausschüssen des Europäischen Parlaments vor. Sie wurden dort auch bewertet.

Es ist doch wichtig, die Ergebnisse der deutschen, der europäischen und der internationalen Organisationen anzuschauen und einzubeziehen. Man kann doch nicht immer nur sagen, hier gäbe es andere Studien, dort andere Ergebnisse. Man muss das Ganze im Blick haben.

Dies alles war eine Grundlage für die Bewertung in den zuständigen Ausschüssen. Das war die Grundlage für die Bewertung am 24. Oktober 2017, als es zu einem Entschließungstext kam, über den dann auch im Europäischen Parlament mehrheitlich positiv abgestimmt wurde. Die GRÜNEN und auch die SPD haben zugestimmt. Ich möchte das noch einmal erwähnen: Auch die Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD haben diesem Entschließungstext am 24. Oktober 2017 im Europaparlament zugestimmt, und das heißt, einer Verlängerung unter den genannten Bedingungen. Man darf die wissenschaftlichen Erkenntnisse sicherlich nicht außer Acht lassen; denn sie sind letzten Endes ausschlaggebend für diese Entscheidung.

Wenn also unser Bundeslandwirtschaftsminister die Entscheidung nicht getroffen hätte, dann muss man doch bedenken, wie die Kommission, wie der Kommissar, das im Endeffekt bewertet hätte. Der Kommissar hätte nach dem geltenden Rechtsrahmen entscheiden müssen, und zwar – und das ist doch der entscheidende Punkt – auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse. Ich ziehe nicht in Zweifel, dass die Beschlusslage dann wahrscheinlich genauso gewesen wäre. Der Beschluss wäre dann vom zuständigen Kommissar ersetzt worden. Dieses Schwarze-Peter-Spiel, dieses Hin und Her, wäre dann beendet gewesen.

(Horst Arnold (SPD): Schwarzer Christian!)

– Das möchte ich so nicht stehen lassen. Es stimmt allerdings, dass er Mitglied unserer Partei ist.

Lieber Herr Kollege, all diese Argumente haben dann dazu geführt, dass diese Entscheidung in Brüssel gefallen ist. Einige Kollegen haben erwähnt, dass wir uns in Bayern intensiv Gedanken über die Zulassung und den Schutz der Umwelt gemacht haben. Wir haben darüber gesprochen, dass die Landwirtschaft nicht allein dafür verantwortlich ist. Landwirte sind nicht die einzigen, die das Herbizid einsetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Deshalb hat der CSU-Antrag dann im Umweltausschuss und auch in den anderen Ausschüssen Zustimmung gefunden. Nach diesem Antrag soll die Anwendung von Glyphosat in Kleingärten und im privaten Bereich nicht mehr erlaubt sein. Wenn eine weitere Zulassung erfolgt, dann sollen diese Einschränkungen einbezogen werden. Außerdem soll das Mittel nicht mehr auf Schulgelände und öffentlichen Flächen angewendet werden. Wir reden immer über den Sachkundenachweis in der Landwirtschaft. Wenn es Ausnahmen gibt, nach denen das Mittel zur Anwendung kommen darf, dann erwarten wir, dass das Personal dafür einen Sachkundenachweis hat.

(Horst Arnold (SPD): Nichts hat uns gehindert, das zu machen!)

– Herr Kollege, hier muss ich Ihnen widersprechen. Lassen Sie mich aber bitte ausreden, ich habe Sie auch ausreden lassen.

Außerdem möchte ich noch zur Vorerntebehandlung, zur Sikkation, kommen. Dieses Thema ist uns wichtig. Die Sikkation soll in Zukunft nicht mehr erfolgen. Wir haben hierzu auch Versuche in verschiedenen Bereichen, beispielsweise bei der Landesanstalt für Landwirtschaft. Darauf möchte ich noch zu sprechen kommen. Wir müssen genau darauf schauen, was im Bereich der Landwirtschaft möglich ist, wie man am besten damit umgeht.

Ja, der Antrag, den Sie schon alle diskutiert haben, trägt dazu bei, dass Glyphosat in der Zukunft optimiert eingesetzt wird. Wir wollen aber – und das haben wir in der Diskussion immer wieder eingebracht, auch im Landwirtschaftsausschuss –, dass die Prüfung von Wechselwirkungen mit sogenannten Beistoffen in Präparaten noch untersucht wird. Diese Zusammenhänge müssen noch geprüft werden. Der Antrag, den wir heute eingebracht haben, hat das Ziel, dass diese Fragen noch intensiver untersucht werden.

Ungeachtet dessen, und das kann auch niemand in diesem Hohen Haus bestreiten, geht man in Bayern sensibel und verantwortlich mit Glyphosat um. In Bayern ist die Anwendungshäufigkeit im Vergleich mit anderen Bundesländern viel geringer. Sie liegt bei einem Einsatz von 8 bis 10 %. Auch das muss man im Hinterkopf behalten. Der Einsatz ist nur halb so häufig wie im übrigen Bundesgebiet. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Wir müssen sehen, wie unsere bayerischen Bauern mit dem Mittel umgehen.

Das heißt aber auch, dass man bei diesem Thema keine Hysterie schüren, sondern sachlich diskutieren und deutlich darüber berichten sollte, was wir verbessern und wie wir das machen. Das haben wir im Landwirtschaftsausschuss immer wieder getan. Die Landesanstalten haben dargestellt, welche Empfehlungen sie an die Landwirte geben und welche Alternativen sie aufzeigen können, um einiges auf den Weg zu bringen.

Am 6. Juli 2016 fand in unserem Landwirtschaftsausschuss deshalb ein Antrag Zustimmung.

Angesichts der allgemeinen Hysterie bei diesem Thema sollte man einmal deutlich machen, wie die Situation nicht nur in anderen europäischen Ländern ist, sondern vor allem auch außerhalb Europas. Ich verweise auf Nord- und Südamerika, wo breitflächig Pestizide ausgebracht wurden und noch immer werden. Es wird immer wieder behauptet, bei uns würde es genauso gemacht. Das stimmt aber nicht, das ist einfach nicht wahr. Unsere Bauern sind verantwortungsbewusst, sie gehen verantwortungsbewusst mit diesem Herbizid um. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass man genau darüber nachdenken muss, wo das Herbizid in der Landwirtschaft aktuell eingesetzt werden muss. Bei der Bearbeitung schwieriger Böden beispielsweise wird es gebraucht. Das Mulchsaatverfahren ist auf erosionsgefährdeten Standorten schwierig; dort wird bislang Glyphosat verwendet. Für solche Fälle müssen wir neue Lösungen erarbeiten. Wir brauchen Verbesserungen, und diesen Schritt machen wir aktuell. In unserem staatseigenen Gut in Almesbach werden solche Versuche nicht erst seit heute gemacht, sondern schon seit Längerem.

Deswegen ist auch unser heutiger Antrag ein weiterer Schritt. Ich glaube, der Kollege Kraus hat gefragt, was dieser Antrag soll. Dieser Antrag beinhaltet Forderungen zu dem neuen Zulassungsverfahren, die wir nicht nur auf der deutschen Ebene erhoben haben. Er fordert, dass man in der Zukunft konkret eine Prüfung vornimmt. Heute wurde schon angesprochen: Frankreich hat nicht zugestimmt. Frankreich wollte eine Zulassung von drei bis vier Jahren und wollte genau diese Punkte, die wir auch wollen, im Verfahren der Zulassung dabeihaben. Ich habe es hier liegen. Sie können es auch noch einmal nachlesen. Aber das sollten wir auch aufgrund der europäischen Protokolle noch einmal genau anschauen. Schauen wir in die Zukunft: Wir diskutieren in diesem Hohen Haus immer wieder das Thema Digitalisierung. Das Thema Digitalisierung und eine Digitalisierungsoffensive in der bayerischen Landwirtschaft werden zu einer noch zielgenaueren Ausbringung beitragen, sodass man die Dosis noch mehr

reduzieren kann. Zum Schluss möchte ich sagen: Wir können dem Antrag der GRÜNEN, dem Antrag der SPD und dem Antrag der FREIEN WÄHLER in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

(Ruth Müller (SPD): So eine Überraschung! – Zuruf von den GRÜNEN: Das überrascht mich!)

– Ja, das ist eine Überraschung, aber ich habe Ihnen den Grund erläutert: Weil dieses Einvernehmen sowieso in der Kommission hergestellt worden wäre und wir dem jetzt folgen und unsere weiteren Wege in Bayern so gehen wollen und diese Verbesserungen und diese Handhabung für die Landwirte in der Zukunft einrichten wollen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Schorer. Bleiben Sie bitte noch.

(Abgeordnete Angelika Schorer entfernt sich vom Rednerpult)

Frau Schorer, bitte bleiben Sie noch! Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von der Frau Sengl. Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich möchte nur ein paar Sachen richtigstellen, zunächst einmal, was Entscheidungen auf EU-Ebene betrifft: Der eigentliche Skandal an dem Ja von CSU-Minister Schmidt ist, dass er überhaupt kein Wort darüber verliert, was nach diesen fünf Jahren passiert. Alle EU-Entscheidungen waren daran gekoppelt: Eine Verlängerung wird es nur geben, wenn Glyphosat danach endgültig verboten wird. Das ist nämlich ein Riesenunterschied. Jetzt stehen wir vor der Situation mit diesen fünf Jahren Verlängerung. Und was ist nach den fünf Jahren? Dann wird es wieder verlängert und wieder verlängert. Es gibt weder ein Ausstiegsszenario noch einen verbindlichen Plan, dass das nach diesen fünf Jahren verboten wird. Das ist ein echter Skandal.

Dann mal ganz klar: Glyphosat ist ein sehr billiger Wirkstoff, und es ist ein Riesengeschäft für Monsanto und bald für Bayer. Ich weiß ja nicht, was da wieder für Verbindungen bestehen.

(Widerspruch bei der CSU – Josef Zellmeier (CSU): Unterstellungen! – Angelika Schorer (CSU): Frechheit! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es ist ganz klar: Ich finde es ein bisschen – ich habe es vorher schon angedeutet – überheblich, 70 % der Bevölkerung als hysterisch dazustellen. Das finde ich vermessend.

(Beifall bei den GRÜNEN – Oliver Jörg (CSU): Deswegen applaudieren auch 70 % der Abgeordneten!)

Auf 40 % der Ackerfläche wird Glyphosat verwendet. Ich habe gesagt, es ist ein billiger Wirkstoff, und es ist ein einfacher Wirkstoff. Die konventionelle Landwirtschaft, selbst Grünlanderneuerung, kann man ohne Glyphosat bewältigen. Es macht halt ein bisschen mehr Arbeit und kostet ein bisschen mehr Geld. Aber die Methoden gibt es alle. Ich finde, es ist Zeit, dass wir das einfordern im Sinne von uns allen, für die Umwelt und auch für uns Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – So, Frau Schorer, bitte!

Angelika Schorer (CSU): Erstens, Frau Kollegin, möchte ich darauf antworten, dass es eine Unverschämtheit ist – das muss ich jetzt auch in diesem Haus sagen –, dass wir Verbindungen mit Monsanto hätten und dass wir Verbindungen und Kontakte zu Pflanzenschutzherstellern hätten. Vielleicht haben Sie es nicht so gemeint. Dann sage ich es jetzt einfach mal so.

Das Zweite muss man auch einmal deutlich sagen. Was ist denn eigentlich mit all den wissenschaftlichen Ergebnissen? Dann bräuchten wir überhaupt keine Untersuchun-

gen mehr machen. Dann bräuchten wir keine Arzneimittel mehr untersuchen lassen, wenn dann alles vergeblich ist, wenn nichts anerkannt wird, deutschlandweit nicht, europäisch nicht und international nicht. Dann können wir niemandem mehr trauen. Dann frage ich mich schon, wieso wir diese Institute haben und wieso andere sich auf solche Aussagen und solche Studien verlassen, wenn Sie alles immer wieder anzweifeln.

Als Drittes möchte ich dazu Folgendes sagen: Was ist nach den fünf Jahren? – Man hat erst einmal von einer Zulassung für 15 Jahre zusätzlich gesprochen, dann von zehn Jahren. Jetzt sind wir bei fünf Jahren, mit diesen Einschränkungen. Das ist die Haltung der CSU. Auf diesem Weg werden wir auch weitergehen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte noch dableiben, Frau Schorer. Danke schön. – Wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung und danach noch eine Zwischenbemerkung. Die nächste kommt von der Frau Müller. Bitte schön, Frau Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrte Frau Schorer, Sie haben gerade angekündigt, dass Sie unseren Antrag ablehnen. Verstehe ich das dann richtig, dass Sie den Alleingang von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt in dieser Frage billigen?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Schorer.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin Müller, Sie haben noch einmal deutlich nachgefragt. Ich habe in meiner Rede ganz ausdrücklich darauf hingewiesen, wie die internationalen Studien sind und dass dieses Einvernehmen sowieso ersetzt worden wäre. Alles hat darauf hingedeutet. Deswegen werden wir das nicht bekritteln. Wir waren nicht eingebunden; aber es wäre in der EU auch ohne die Entscheidung vom Bundesminister zu diesem Votum gekommen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das war nicht die Frage! – Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Schorer. – Nächste Zwischenbemerkung: Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, ich freue mich, dass Sie ein grundsätzliches Problem angesprochen haben, und zwar das Problem der wissenschaftlichen Forschungen und der Ergebnisse. Wenn man allein anschaut, wie widersprüchlich die Ergebnisse sind, muss man sich fragen, ob es sinnvoll ist, bei Universitäten immer mehr zu verlangen, dass sie Gelder aus der Wirtschaft einsammeln sollen. Wie soll es dort ergebnisoffene Forschung geben, wenn von den Universitäten Gelder aus der Wirtschaft eingefordert werden? Wir brauchen wieder eine unabhängigere Wissenschaft und Forschung, die nicht abhängig ist von Geldern, die sie aus der Wirtschaft generiert.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben das Problem angesprochen. Ich hoffe, dass wir in der Zukunft auf diesem Weg tätig sein werden, dass wir die Wissenschaft wieder unabhängiger machen und dass die Wissenschaft Ergebnisse präsentiert, die der Wirklichkeit und der Wahrheit entsprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Zierer. – Frau Schorer, bitte schön.

Angelika Schorer (CSU): Herr Kollege, ein Punkt dieser Diskussionen in der Europäischen Kommission und in den europäischen Ausschüssen war, dass man hier in der Zukunft noch mehr eigene Gelder für eigene Studien zur Verfügung stellt, damit diese Studien dann auf eigenem Wissen basieren; das will man in der Zukunft noch mehr intensivieren. Wenn man Bayern anschaut, dann kann man nicht sagen, dass

hier in Bayern nicht neutral und nicht viel geforscht würde. Nehmen wir unsere Landesanstalten, nehmen wir unsere eigenen Betriebe. Ich glaube, das zeigt genau und deutlich, dass wir in Bayern einen guten Weg gehen und dass wir das in der Zukunft so fortführen wollen, um eigene Erkenntnisse zu haben, die neutral sind und mit denen man in der Zukunft arbeiten kann.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Schorer. – Für die Staatsregierung hat sich Staatsminister Brunner zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Brunner.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Entscheidung auf EU- und Bundesebene ging ein langer Analyse- und Entscheidungsprozess voraus, bei dem übrigens jeder die Gelegenheit und die Möglichkeit hatte, stichhaltige Argumente einzubringen. Auf Bundesebene waren sich noch im Frühjahr 2016 die drei Ministerien Landwirtschaft, Wirtschaft und Umwelt über eine Zustimmung zur Wiedergenehmigung einig, sofern die Belange der Biodiversität entsprechend berücksichtigt werden. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sind nun aufgefordert, genau dafür zu sorgen und die Zulassung mit Bedingungen zu verknüpfen.

Zudem müssen wir Alternativen entwickeln, um Glyphosat überflüssig zu machen. Ich denke, das Anliegen der CSU-Fraktion, die Forschung zu intensivieren und die Ergebnisse in die Praxis umzusetzen, kommt im dem Antrag deutlich zum Ausdruck. Ich unterstütze auch das Anliegen, das Zulassungsverfahren zu optimieren und transparenter zu gestalten. Auch eine Aufklärung über die unterschiedlichen Einschätzungen der WHO-Gremien ist unabhängig von der getroffenen Entscheidung im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit zukünftiger Entscheidungen sinnvoll. Glyphosat muss zukünftig auf das absolut notwendige Maß beschränkt werden.

Hierzu habe ich bereits die Forschung verstärkt. Unsere Fachleute an der Landesanstalt für Landwirtschaft beschäftigen sich intensiv mit Bewirtschaftungsmethoden, die

Glyphosat künftig überflüssig machen. Bereits an zwei bayerischen staatlichen Gütern versuchen wir, ohne Glyphosat auszukommen, um Erfahrungen für die Praxis zu sammeln. Man kann schließlich nicht von heute auf morgen verbieten, ohne Alternativen zu haben. Das wäre ein Stück weit unfair und auch unglaublich. Deshalb, meine ich, ist der eingeschlagene Weg durchaus sinnvoll und nachvollziehbar.

Im Übrigen – auch das wurde von Frau Schorer schon angesprochen – gibt es auch Zielkonflikte. Auf der einen Seite versuchen wir, alles zu tun, um Bodenerosion zu verhindern. Jeder Fachmann weiß: Wenn man den Pflug nicht einsetzen muss, insbesondere bei Hanglagen, wenn man mit Mulchsaat auskommt, schützt das vor der Abtragung wertvoller Humusteilchen, schützt das vor Erosion. Wenn man aber Glyphosat hier nicht mehr verwenden darf, sodass auch die Zwischenfrucht abgetötet wird, ist der Pflug wieder notwendig. Diese Widersprüche müssen wir in der Praxis aufklären. Nur dann, glaube ich, können wir unsere Landwirte zur entsprechenden Eigenverantwortung aufrufen.

Abschließend darf ich auf einen Presseartikel von einer Frau Kathrin Zinkant hinweisen, die ich persönlich nicht kenne, der heute in der "Süddeutschen" zu lesen war, mit der Überschrift "Schritt zur Agrarwende". Sie hat geschrieben:

Es gibt mehr als 250 zugelassene Wirkstoffe im sogenannten Pflanzenschutz, die fast durchweg schlechter untersucht und potenziell gefährlicher sind als Glyphosat, zudem weniger wirksam und teurer. ... Die Neuzulassung von Glyphosat ist absurderweise der erste Schritt Richtung Agrarwende. Biodiversitätsforscher, Toxikologen und Experten für nachhaltige Landwirtschaft sagen das schon lange: Glyphosat spiele für den Ackerbau eine Rolle, die man nicht ignorieren dürfe – aber zielgerichtet reduzieren müsse; nach und nach, damit praktikable Alternativen entwickelt werden können.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Minister. Bitte bleiben Sie noch. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Arnold gemeldet. Bitte schön, Herr Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Minister, herzlichen Dank für das Vorlesen dieses Artikels aus der "Süddeutschen", was allzu selten geschieht, wenn man die Regierungsbank in dem Zusammenhang und das Verhalten verfolgt.

Grundsätzlich eine Frage auf Ministerialebene: Erstens. Nachdem Herr Schmidt auch Ihr Kollege ist und in dem Zusammenhang auch Mit-Agrarminister, würde es mich interessieren, ob dieses Abstimmungsverhalten Ihnen gegenüber bekannt gegeben worden ist, um sozusagen eine CSU-Linie in dem Bereich zu schaffen. Wussten Sie davon, dass dies erfolgen wird, mit den ganzen Folgen und Hintergründen?

Zweitens. Sie haben geäußert, dass Sie in dem Bereich Alternativen erforschen wollen. Das ist richtig und gut. Wie erklären Sie sich aber dann, dass beispielsweise Ihre Umweltminister-Kollegin, Frau Scharf, am 06.11.2017 in der Zeitung zitiert wird – ich gehe davon aus, der "Münchner Merkur" macht keine Fake-Zitate –: "Ich finde, man müsste drauf verzichten," – auf Glyphosat – "denn es gibt Alternativen"? Offenbar ist auch in Bayern das Umweltministerium wesentlich weiter mit den Erkenntnissen, was Alternativen anbetrifft, als das Agrarministerium. Gibt es da einen Widerspruch? Können Sie uns das erklären?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Herr Minister, bitte.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Zur ersten Frage: Ich kann nicht mehr genau sagen, wann, aber vor etwa vier Wochen, im Rahmen der "Jamaika"-Verhandlungen, hat mich der Bundesminister angerufen und hat unter anderem auch über die anstehende Verlängerung gesprochen. Er hat von damals wohl in der Diskussion gewesenen drei Jahren gesprochen und hat dabei mir gegenüber noch zwei Unterschiede erwähnt: Die einen wollen drei Jahre mit einem Ausstiegsszenario, und die anderen wollen drei Jahre ohne Ausstiegsszenario. Er hat im Übrigen auch

hinzugefügt, dass im Rahmen dieser "Jamaika"-Verhandlungen auch die GRÜNEN bereit gewesen wären, drei Jahre mit Ausstiegsszenario mitzutragen. So viel zur Wahrheit.

(Eric Beißwenger (CSU): Hört, hört! – Weitere Zurufe von der CSU)

Später wurde ich über dieses Thema nicht mehr informiert.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): – Ich möchte auch die zweite Frage beantworten, Frau Präsidentin.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ach so, Entschuldigung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich wusste nicht, ob Ihre Fraktion noch zuhören will.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Zum Zweiten: Herr Kollege, Sie haben meine fachliche Meinung dazu gehört. Was die Umweltministerin an diesem Tag in dieser Zeitung hat verlautbaren lassen, dazu müssen Sie sie selbst fragen.

Selbstverständlich versuchen wir tagtäglich und nicht erst seit heute, auch in unseren staatlichen Versuchsgütern zu testen, welche Bewirtschaftungsmethoden wir praktizieren müssen, um ganz auf solche Pflanzenschutzmittel verzichten zu können. Es geht nicht in erster Linie darum, andere einzusetzen; natürlich gibt es andere. Aber andere sind vermutlich teurer und sind in der toxikologischen Auswirkung noch problematischer. Deswegen sehe ich nicht den Ausweg, dass wir in andere Pflanzenschutzmittel flüchten, sondern es ist aus meiner Sicht sinnvoller, zusammen mit der Praxis und der Wissenschaft Möglichkeiten zu entwickeln, um auf solche Mittel ganz verzichten zu können.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Minister. Bitte bleiben Sie noch. – Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung der Kollegin Sengl. Bitte schön, Frau Sengl.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ja, das stimmt. Die GRÜNEN haben in den Sondierungsgesprächen gesagt: drei Jahre Verlängerung, aber dann nur mit einem Ausstiegsszenario.

(Lebhafte Zurufe von der CSU)

– Ihr könnt euch wieder beruhigen; ich setze den Satz fort. Herr Minister hat es ganz richtig gesagt: Es hat die zwei Sachen gegeben: drei Jahre mit Ausstiegsszenario, drei Jahre ohne Ausstiegsszenario.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das ist ein Riesenunterschied. Da könntet ihr uns eigentlich mal loben und sagen: Aha, die sind so realistisch.

(Lachen bei der CSU)

Auch uns ist klar, dass eine Umstellung ein bisschen Zeit braucht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es muss aber ein Ende festgeschrieben werden, ab wann dieses Gift nicht mehr auf Äckern ausgebracht werden darf. Das hätten wir damit festgelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen, Frau Sengl hat das Wort. Bitte etwas ruhiger!

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich kann zwar laut reden, aber jetzt schaffe ich es doch nicht.

(Erwin Huber (CSU): Die Glocke unterbricht Sie immer!)

Ich hoffe, ihr schafft es, noch ein bisschen zuzuhören.

Der CSU-Minister Schmidt hat zwei Sachen gemacht: Er hat wirklich alle vor den Kopf gestoßen. Er hat erstens eine Abstimmung, die nicht abgesprochen war, jedenfalls nicht offiziell, einfach – – Er hat die Koalitionsvereinbarungen einfach nicht eingehalten.

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Das Zweite war, dass er nicht mal fünf Jahre Verlängerung mit Ausstiegsszenario geschafft hat. Das ist wirklich ein Riesenunterschied. Das werfe ich ihm wirklich vor. Anders abzustimmen, als es in der Koalition vereinbart ist, finde ich einen Rechtsbruch, einen Vertrauensbruch, ein Glaubwürdigkeitsproblem.

(Unruhe bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um mehr Ruhe. Frau Sengl hat immer noch das Wort.

(Anhaltende Unruhe bei der CSU)

Ich bitte darum, dass Sie sich daran halten, wenn ich hier um Ruhe bitte. Das brauchen Sie dann nicht mit Geraune zu kommentieren. So geht es nicht. –

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Frau Sengl, bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Wie hieß es so schön? Schwarz-Grün kommen von sehr weit außen und nähern sich langsam an. – Das war in der Sondierung natürlich auch für die GRÜNEN ein Annäherungsprozess. Es war ein klassischer Kompromiss. Natürlich wären wir für ein sofortiges Verbot von Glyphosat gewesen. Das war der klassische Kompromiss.

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Entschuldigung, Frau Kollegin Sengl. – Ich möchte jetzt wirklich, dass Sie still sind, sonst unterbreche ich die Sitzung, bis hier Ruhe ist. Ist das klar?

(Widerspruch bei der CSU)

– Ich unterbreche die Sitzung, bis Ruhe eingekehrt ist.

(Alexander König (CSU): Ein anderer Ton, Frau Präsidentin! Ein angemessener Ton!)

– Herr Kollege König, ich rüge Sie für diese Zwischenbemerkung, die ich bis hier vorn gehört habe!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Kollegin Sengl, bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Es ist nur noch ein Satz. – Es ist der klassische Kompromiss. Wir hätten einer Verlängerung um drei Jahre zugestimmt, wenn nach diesen drei Jahren klar gewesen wäre, dass Glyphosat verboten wird. Das ist ein großer Unterschied zu dem jetzigen Abstimmungsverhalten von CSU-Minister Schmidt. Ich finde es schade, dass über meine Bemerkungen gelacht und gesagt wird, wir seien auch nicht besser. Wenn ihr das nicht versteht, dann sind für euch – ihr seid es ja auch nicht gewohnt – Koalitionsverhandlungen unmöglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. – Bitte schön, Herr Minister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, ich habe in den Mitteilungen der Frau Kollegin Sengl beim besten Willen keine Frage entdecken können.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Das war eine Zwischenbemerkung!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Staatsminister Brunner. – Ich möchte für das Protokoll darauf hinweisen, dass es sich um eine Zwischenbemerkung handelte, bei der keine Frage gestellt werden muss.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: War das jetzt eine Kommentierung? – Natascha Kohnen (SPD): Das war eine Erklärung! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wir haben bekannt gegeben, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Antrag auf Drucksache 17/19238 namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich lasse zunächst über die übrigen Dringlichkeitsanträge in der einfachen Form abstimmen.

Ich beginne mit dem Antrag der SPD-Fraktion. Das ist der Antrag auf Drucksache 17/19236. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Die Gegenstimmen, bitte. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zu dem Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Das ist der Antrag auf Drucksache 17/19254. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der

FREIEN WÄHLER, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos). Die Gegenstimmen, bitte. – Das ist die CSU-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme nun zum Antrag der CSU-Fraktion. Das ist der Antrag auf Drucksache 17/19255. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Felbinger (fraktionslos) sowie einzelne Abgeordnete der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen, bitte. – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich komme nun zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/19238. Für diesen Antrag ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 16.44 bis 16.49 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Wir geben das Ergebnis nachher bekannt. – Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen, damit ich in der Sitzung fortfahren kann.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Nationaler Ausstieg aus der Glyphosat-Anwendung – damit Böden, Wasser und Gesellschaft nicht länger vergiftet werden" auf Drucksache 17/19238 bekannt geben. Mit Ja haben 58 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Es gab vier Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.11.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Nationaler Ausstieg aus der Glyphosat-Anwendung - damit Böden, Wasser und Gesellschaft nicht länger vergiftet werden (Drucksache 17/19238)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus			
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian			
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			X
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			X
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			X
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	58	85	4